

RAN AN DIE NÜSSE!

Liebe Leserinnen und Leser,

meinen PP-Newsletter habe ich in zwei Teile aufgespalten, die getrennt versendet werden. In einen „allgemeinen“ (Teil A) und in einen Börsenteil (Teil B), der sich an Anleger richtet. Beide Teile werden aus technischen Gründen im wöchentlichen Wechsel versendet werden, um ein zu hohes Mail-Aufkommen zu verhindern. Heute ist wieder Teil A an der Reihe.

Bemerkenswertes gibt es aus Ungarn zu berichten. Wie bekannt, wurde der amtierende Ministerpräsident Viktor Orbán im April d. J. abgewählt und durch Péter Magyar ersetzt. Der neue Mann an der Spitze in Budapest nahm sich nun die öffentlich-rechtlichen Medien des Landes vor, die er als regierungstreuen Staatsfunk, Propaganda- und Erziehungsinstrument bezeichnete, die ihrem Auftrag nach unabhängiger Berichterstattung nicht gerecht würden.

Nun wird mit eisernem Besen durchgekehrt. Und vom öffentlich-rechtlichen Sender M1 gab es ein bemerkenswertes Statement: „Die öffentlich-rechtlichen Medien dürfen nicht lügen. Es tut uns leid, dass wir dies über viele Jahre hinweg dennoch getan haben!“

<https://www.n-tv.de/politik/Orbans-Luegenpresse-bricht-in-sich-zusammen-id31068672.html>

Lassen Sie mich den Bogen schlagen zum deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dessen Mitarbeiter wie bekannt ganz überwiegend dem links-grünen Spektrum zuzurechnen sind und sich offensichtlich verpflichtet fühlen, Haltung über Objektivität zu stellen, um das Publikum auf Linie zu bringen und den selbst denkenden Teil der Bevölkerung zur Not nicht nur zu belügen, sondern die Fakten mir nichts Dir nichts um 180 Grad in ihr Gegenteil zu verdrehen.

Jüngstes Beispiel: Die Berichterstattung des BR zum Bundesparteitag der AfD in Erfurt in der Sendung

„Sonntags-Stammtisch“. In dieser Gesprächsrunde zeigte sich ARD-Wirtschaftsexpertin Anja Kohl empört darüber, dass sich die AfD nach den tätlichen Angriffen von Demonstranten auf Journalisten nicht von diesen Vorfällen distanziert habe.

Wie bitte?

Demonstranten des linken, gewaltbereiten Lagers von „unsere Demokratie“ hatten Hetzjagden auf Journalisten der „Junge Freiheit“ und „Apollo News“ veranstaltet, Medien also, die dem konservativen Lager zuzurechnen sind.

Linke, Grüne, die SPD, die Kirchen, der DBB, das „Bündnis Widersetzen“, die „Omas gegen Rechts“ und die Antifa hätten sich von den Angriffen ihrer Schlägertruppen auf die Medienvertreter distanzieren müssen, nicht die AfD. Entweder verfügt Anja Kohl über bislang unentdeckte mentale Defizite oder aber ihr Hass auf Andersdenkende hat sie in eine nicht mehr beherrschbare Besessenheit abrutschen lassen, die auch vor einer beschämend plumpen und durchsichtigen Täter-/Opfer-Umkehr nicht mehr zurückschreckt.

<https://www.kettner-edelmetalle.de/news/wenn-der-staatsfunk-die-opfer-zu-tatern-macht-der-fall-anja-kohl-06-07-2026>

Bezeichnenderweise ließen die anderen Teilnehmer der Gesprächsrunde inkl. des bayerischen Wirtschaftsministers und Freie Wähler-Chefs Aiwanger die verstörend entgleisten Ausführungen Frau Kohls unkommentiert durchgehen, was mich im Rückblick fast noch mehr entsetzt. Ich meine:

Es ist überfällig, dass sich der öffentlich-rechtliche Staatsfunk ein Beispiel an Ungarns Rundfunk nimmt und von allgegenwärtiger, längst unerträglicher Propaganda zu einer im Medienstaatsvertrag gebotenen, objektiven Berichterstattung zurückfindet. Ansonsten gehört er abgeschafft.

Um das Thema für heute zu beschließen, stellen Sie sich bitte einmal zwei einfache Fragen: Die Parteitage welcher Parteien müssen hierzulande mit Millionen an Steuergeldern vor gewalttätigen Gegnern geschützt werden: die der Grünen, die der DIE LINKE, der der SPD oder die der AfD? Und:

Was denken Sie, wer im öffentlichen Raum eher Gefahr läuft, körperlich angegangen zu werden: Eine „Oma gegen Rechts“ oder ein Mensch mit einem AfD-T-Shirt (falls es das geben sollte)?

Vielleicht gibt es in diesem Zusammenhang sogar noch eine dritte spannende Frage. Eine, die man den überzeugten „Antifaschisten“ einmal stellen sollte. So wie den Klima-Verwirrten die Frage nach dem CO₂-Anteil unserer Atemluft. Fragen Sie einen Antifaschisten doch einfach einmal danach, was der von ihm ggf. auch unter Einsatz von Gewalt bekämpfte Faschismus denn eigentlich ist! Sie werden Schweigen ernten!

„Alerta, Alerta, Antifascista“ grölenden Demokraten sollten Sie diese Frage allerdings lieber nicht stellen. Sie laufen Gefahr, totgeschlagen oder -getreten zu werden.

Mit Vollgas gegen die Wand

Nun liegt es auf dem Tisch, das lange erwartete „Reformpaket“ der Bundesregierung, angetreten mit dem Anspruch, die Wirtschaft wieder flott zu machen und vor allem kleine und mittlere Einkommen zu entlasten, um so den Konsum anzukurbeln.

Das klingt gut, wird aber an der Praxis scheitern. Vor allem, weil die von den Regierungsparteien vor der Wahl ausgeschlossenen Steuererhöhungen nun doch kommen. Erhöht werden Tabaksteuer, Alkoholsteuer, Einkommensteuer ab 250.000 Euro, Minijob-Steuer, neu eingeführt werden eine Plastiksteuer, eine Zuckergebühr, eine Kryptosteuer und eine Digitalabgabe, verteuern werden sich zudem die Sozialabgaben, vor allem bei der Krankenversicherung. Und die sog. Minijobs werden rentenbeitragspflichtig.

Und all das, obwohl sich der Staat „gerade erst“ ein Sondervermögen in Höhe von über einer Billion Euro gegönnt hat und seine Neuverschuldung dennoch unbeirrt weiter steigert, im kommenden Jahr beispielsweise um rund 200 Mrd. Euro.

Wohin das führt, das liegt für Otto Normalverbraucher auf der Hand, nicht aber für Bundesfinanzminister Lars Klingbeil. Aber der hat ja auch Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte studiert. Daher scheint es sich nicht zu erschließen, dass eine ausufernde Staatsverschuldung steigende Zinslasten bedeutet. Und werden die dafür benötigten Mittel über neue Schulden finanziert, wird die Sache irgendwann zu einem brenzligen Teufelskreis. Konkret:

2021 hat der Bund für die aufgenommenen Kredite 4 Milliarden Euro aufwenden müssen, in diesem Jahr sind es gut 31 Mrd. Euro, im kommenden Jahr werden es 41,9 Milliarden Euro sein und 2030 über 80 Milliarden Euro.

<https://finanzmarktwelt.de/bundesregierung-legt-turbo-ein-fuer-absturz-der-deutsche-volkswirtschaft-394375/>

Dem Bundeshaushalt steht dieses Geld nicht mehr für Investitionen in den Infrastruktur, Bildung oder Innovation zur Verfügung, es ist einfach eine Sühnezahlung für begangene Haushaltsverfehlungen.

Pro Jahr rund 150 Mrd. Euro plant die Bundesregierung für Rüstung und Nato auszugeben, für Migration und Einwanderung in die Sozialsysteme dürften geschätzt 50 Mrd. Euro jährlich anfallen. Das bedeutet:

Für Rüstung, Zinslast und Migration wird der Bund nach heutigem Stand rund 80 Prozent seines Haushalts aufwenden müssen, 20 Prozent bleiben übrig für „den Rest“. Es sei denn, man macht weiter munter neue Schulden und hat ein „Ereignis“ im Kopf, dem man den finanziellen Zusammenbruch des Staates in die Schuhe schieben kann, beispielsweise einen Krieg. ...

Das gönne ich mir!

Diesen Newsletter gibt es wahrscheinlich mittlerweile länger als die jüngsten seiner heutigen Leser alt sind. Und über ihn haben wir eine Vielzahl wirklich toller Menschen kennenlernen dürfen, von denen viele längst

zu festen Freunden geworden sind. Egal ob in Deutschland, Tschechien, Österreich, der Schweiz, Ägypten, Peru, Panama, Südafrika, Kanada, den USA, Russland oder sonst wo auf der Welt.

Heute beispielsweise werden wir Besuch von einer jungen Familie aus Chemnitz bekommen, die auf der Rückreise von einem Südtirol-Urlaub hier en passant einmal fränkische Bratwürste vom Grill verkosten wird und natürlich noch gar nicht weiß, heute hier im Newsletter erwähnt worden zu sein.

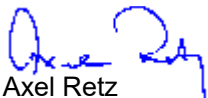
In der vorletzten Woche meldete sich Leser Ludwig Fischer aus Georgien. Ihn und seine Familie kennen wir seit geschätzt 14 oder 15 Jahren. Ich weiß, dass er ein echter Gourmet ist, im Garten ein begnadeter Selbstversorger und am Grill ein wahrer Großmeister. Das herausragende Olivenöl, mit dem seine Frau bei unserem Besuch den Salat veredelt hatte, wird mir auf immer unvergesslich sein.

Ludwig, durch und durch glücklich, vor vielen Jahren mit seiner Familie nach Georgien ausgewandert zu sein, schrieb mir in der vorletzten Woche, weil er dort eine bemerkenswerte Initiative ins Leben gerufen hat, die Arbeitsplätze geschaffen hat und von der auch Sie profitieren können. Vorausgesetzt, Sie sind ein ähnlich enthusiastischer Walnussfan wie ich.

Im kommenden Oktober frisch geerntete, saubere, allerfeinste Walnüsse aus Georgien, geschält und vakuumverpackt bietet Ludwig feil. Direkt vom Baum. Ohne Zwischenhändler. Ohne lange Liefer- oder Lagerzeiten. Ohne Marketing.

Falls auch Sie sich diese Köstlichkeit nicht entgehen lassen wollen, können Sie sich Ihre Walnusslieferung ab sofort sichern. Richtig nussig wird es hier: <https://www.walnusskampagne.de/>

Mit besten Grüßen und Wünschen!



Axel Retz

Impressum: private profits newsletter (c) 2026. Verantwortlich für den Inhalt: Axel Retz (V.i.S.d.P.)
Kontaktadresse Redaktion

Axel Retz Am Goldhügel 44 95517 Seybothenreuth
Tel.: +49 (0) 9275 914 756
eMail: pp@axel-retz.de / www.private-profits.de

Warnung: Dieser Newsletter enthält eigene Meinungen des Verfassers nach Art. 5 des Grundgesetzes. Ihn zu lesen oder weiterzuverteilen, kann zu einer unerwarteten Erweiterung des eigenen Horizonts oder dem Dritter führen. Ihn nicht zu lesen oder weiterzuverbreiten, wird Sie und Andere von der Bürde befreien, selbst zu denken. Besonders rasch kommen Sie auf diesem Weg voran, wenn Sie jede Ausgabe nicht nur einmal, sondern gleich drei- oder fünfmal nicht lesen. Aber denken Sie daran: Wer in der Demokratie einschläft, wacht in der Diktatur auf!

> Sollten Sie den **private profits-newsletter** nicht mehr beziehen wollen, genügt eine Benachrichtigung an pp@axel-retz.de oder nutzen Sie folgenden Link <http://www.private-profits.de/newsletter.html>